

# Bürger gegen die Bahn

## SPD ermuntert zum Protest gegen Bau des Überholgleises

**Oestrich-Winkel. (sm)** – Zur SPD-Infoveranstaltung in punkto Bahnlärm-Protest kamen rund 40 Interessierte ins Hotel Ruthmann. Dabei ging es um die Pläne der Bahn, zwischen Winkel und Geisenheim ein Überholgleis einzurichten. SPD-Bürgermeisterkandidat Werner Fladung und SPD-Fraktionsvorsitzende Christel Hoffmann empfahlen den Bürgern, rechtzeitig schriftlich gegen das (auch von den anderen Parteien im Stadtparlament abgelehnte) Projekt zu protestieren. Die Sozialdemokraten haben ein Musterschreiben erstellt, das sie am Infoabend verteilten, das aber auch von ihrer Homepage heruntergeladen werden kann. Es beinhaltet wesentliche, individuell abwandelbare oder zu ergänzende Punkte. Individuelle Stellungnahmen sind sogar erwünscht, damit der Protest nicht „als Paket“ abgelegt wird.

„Die Bahn verkauft ihre Überholgleispläne als ‚Streckenertüchtigung‘, dabei geht es ihr nur um die Gelegenheit, Frequenz und Länge der Güterzüge erhöhen zu können“, entrüsteten sich Hoffmann und Fladung. Nach wie vor interessiere sich das Unternehmen lediglich für die Potenzierung ihres wirtschaftlichen Nutzens, nicht aber dafür, die Züge leiser und damit für Anwohner erträglicher zu machen. Die Äußerung der Verantwortlichen, man warte auf die Zulassung noch leiserer Schienen, sei reine Hinhalteteknik.

Brennpunkt des Protests ist das Planfeststellungsverfahren der Bahn AG, Elektronisches Stellwerk (ESTW), rechte Rheinstraße, also der Umbau der Gleisinfrastruktur in den Bahnhöfen Hattenheim, Oestrich-Winkel und Geisenheim. Die Pläne sind derzeit zur Einsichtnahme im Oestricher Bürgerzentrum offen gelegt. Protestler können bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (20. Dezember) beim Regierungspräsidium Darmstadt (Postanschrift: RG Darmstadt, 64278 Darmstadt) oder im Bürgerzentrum, der Stadt Oestrich-Winkel Einwendungen schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Da hierbei nicht der Post-, sondern der Eingangsstempel zählt, wird empfohlen, die schriftliche Einwendung persönlich im Bürgerzentrum abzugeben und sich auf einer Kopie den fristgerechten Eingang bestätigen zu lassen.

Das von der SPD erstellte Musterschreiben enthält drei Varianten. Die erste trifft für alle Anwohner der Bahnstrecke zu, die zweite nur für diejeni-



**Werner Fladung (stehend) und Christel Hoffmann (ganz rechts) erläuterten die Protestpläne der SPD.**

gen, die befürchten, in der Bremszone für das Überholgleis zu liegen. Das Gleis mit einer Länge von 750 Metern soll etwa auf der Höhe des Autohauses Weber beginnen, die Züge müssen bei der Einfahrt ins Gleis von etwa 120 auf 60 km/h abbremsen. Entsprechend früh muss auch der letzte Waggon mit dem Bremsvorgang beginnen. Es genügt, dass man annimmt, im fraglichen Bereich zu wohnen, selbst wenn sich das später als falsch herausstellen sollte. Die dritte Variante bezieht sich auf den Umbau des Bahnhofs Mittelheim. Die Bahn hatte das wenig anscheinliche Gebäude seinerzeit verkauft. 2006 beschloss zwar die Stadt es zu erwerben, aber eine Investmentgesellschaft aus Luxemburg kam ihr zuvor. Irgendwann wurde bekannt, dass der Bahnhof zum reinen Haltepunkt werde. Der jetzt in Aussicht gestellte Umbau soll ein Einsteigen in die Züge ohne Gleisüberquerung ermöglichen. Das sei, so die SPD, eigentlich begrüßenswert. Aber in den Umbauplänen der Bahn fehlen barrierefreie Zugänge für Behinderte, Rollator-Nutzer, Kinderwagen und mitgeführte Fahrräder. Offenbar wolle man sich die Ausgaben für einen behindertengerechten Ausbau sparen und diese Pflicht der Stadt zuschieben. Die SPD weist darauf hin, dass ein nicht barrierefreier Ausbau der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zuwiderläuft. Wer hier betroffen ist, sollte dies in seinem Einwendungsschreiben, mit Hilfe des dritten Bausteins des SPD-Musterschreibens, deutlich zum Ausdruck bringen. Weitere durch den Streckenausbau erwartete Belästigungen wie Lärm, Erschütterungen, vermehrter Anfall von Flugrost etc.

kann jeder individuell dem Schreiben anfügen.

Im Erläuterungsbericht zu ihrem Bauvorhaben behauptet die Bahn AG, eine Erhöhung der Streckenkapazität sei mit der Umsetzung des Projekts nicht geplant und nicht erzielbar. Dagegen wendet die SPD ein: „Das ESTW in seiner Gesamtheit dient der Ertüchtigung der Strecke. Die Bahn selbst erwartet vom ESTW eine Kapazitätssteigerung um bis zu 30 Prozent. Es ist die Vorbereitung für das einheit-

liche European Rail Traffic Management System (ERTMS), das vorrangig dazu dient, die Verkehrsleistung zu erhöhen. Dazu kommt die Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels im Jahr 2017, als Teil der Transeuropäischen Verkehrsachse Nr. 24. Durch das elektronische Stellwerk auf der rechten Rheinseite (Strecke 3507) mit dem Umbau der Gleisinfrastruktur in den Bahnhöfen Hattenheim, Oestrich-Winkel und Geisenheim werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Güterzugverkehr und damit die Lärmbelastung durch verdichtete Zugfolgen und erheblich längere Güterzüge noch weiter ansteigen. Nach den Angaben im Lärmaktionsplan Hessen, Teilplan Schienenverkehr, April 2012, soll die Strecke in Zukunft mit 300 Güterzügen in 24 Stunden (derzeit sind es etwa 250) belastet werden.“

Die betroffenen Gemeinden, so betont die SPD, seien aufgefordert, zu den Plänen der Bahn Stellung zu beziehen. Das Ganze wird Thema sein bei der Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember. „Es muss protestiert werden, je öfter, stärker und nachdrücklicher, desto besser – irgendwann wird man vielleicht sogar begreifen, dass Transparente hochhalten nicht genügt und dass drastischere Kundgebungen nötig sind“, sagt Bürgermeisterkandidat Werner Fladung.